

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: 25 Pfg. pro Stück. Vierteljährlich 75 Pfg. Halbjährlich 1,25 Mk. Jährlich 2,50 Mk. Postgebühren sind eingeschlossen. Bestellungen an den Verleger: Verlag der Arbeiter-Zeitung, Leipzig, Postfach 1111. Druck: Druckerei der Arbeiter-Zeitung, Leipzig, Postfach 1111.

Sonnabend, den 9. Juli 1921

Verlagspreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung kostet pro Nummer 25 Pfg. Vierteljährlich 75 Pfg. Halbjährlich 1,25 Mk. Jährlich 2,50 Mk. Postgebühren sind eingeschlossen. Bestellungen an den Verleger: Verlag der Arbeiter-Zeitung, Leipzig, Postfach 1111. Druck: Druckerei der Arbeiter-Zeitung, Leipzig, Postfach 1111.

## Die Steuerkämpfe und die KAPD.

Der Sinn des imperialistischen Völkermordens war die Vernichtung der Konkurrenz des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt. Die vereinigten Weltmächte haben dieses Ziel erreicht, das deutsche Kapital ist von den Ueberseemärkten verdrängt und auch auf dem europäischen Kontinent unter die Kontrolle der Ententemächte gestellt. Die Liquidation des verlorenen Krieges durch die deutsche Bourgeoisie durchläuft drei Perioden: die Waffenstillstandsverhandlungen, die ausmünden in die Friedensverhandlungen, und gekrönt werden durch das Diktat von Versailles. Der Kampf um die Höhe der Wiedergutmachungslasten fällt die zweite Periode aus, die mit dem Londoner Diktat endet. Die deutsche Bourgeoisie ist seit der Annahme des Londoner Ultimatus in die dritte Periode der Liquidation ihres verlorenen Krieges eingetreten, in die Periode der Erfüllung.

Bisher wurde — auch innerhalb der Arbeiterklasse — von den ungeheueren Kriegslasten nur geredet, jetzt muß gehandelt werden. Das Handelsgeschäft zwischen der Bourgeoisie der Weststaaten und zwischen der herrschenden Klasse in Deutschland ist abgeschlossen. Zwar verliert ein Teil der besitzenden Klasse die Mauern der Wiedergutmachung zu durchstoßen, um frische Luft und freien Spielraum für die eigene Entwicklung zu erhalten. Der andere Teil der Bourgeoisie, der gegenwärtig in der deutschen Reichsregierung das Uebergewicht hat, versucht mit allen Mitteln ins Einverständnis mit der Ententebourgeoisie zu kommen. Unterstützung erhält das „demokratische“ Bürgertum in dieser Frage durch die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften. Die SPD. und USPD. sowie der D.D.B. setzen sich in ihrer täglichen praktischen Politik unumschränkt für die Erfüllung des Londoner Ultimatus ein und gewähren der Regierung jede Unterstützung und Hilfe gegen die Außenseiter von rechts. Außerdem übernehmen sie in jeder Beziehung der Regierung gegenüber die Verantwortung dafür, daß die Arbeiterklasse das Joch der zweiseitigen Ausbeutung durch das deutsche und das Ententekapital geduldig trägt.

„Das deutsche Volk muß erfüllen!“ Aus dem Sprachgebrauch des Bürgertums ins Politische überföhrt heißt das, die deutsche Arbeiterklasse soll alle Lasten der Wiedergutmachung aufbringen, das Proletariat soll die Zeche bezahlen. Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in der Mittwochssitzung des Reichstages aufs neue die Höhe dieser Zeche präsentiert. 150 Milliarden Papiermark müssen durch Steuern aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden! Es gibt fast keinen Gegenstand in Deutschland, der in Zukunft nicht in irgendeiner Form besteuert ist. Direkte und indirekte Steuern werden von der Regierung in einer unermesslichen Höhe ausgehoben. Die Träger dieser Steuern sind die Erzeuger aller Werte, die Arbeiter. Auch die direkten Steuern werden letzten Endes auf das Proletariat von den Besitzenden abgewälzt. Da die einzige Wertquelle, aus der geschöpft werden kann, die Arbeit ist, läßt sich infolgedessen auch die gesellschaftliche Oberschicht, die keine produktive Arbeit leistet, ihre Steuern mitarbeiten.

Die deutsche Regierung muß die Forderungen des Ententekapitals erfüllen und sie muß bezahlen. Herr Wirth hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung selbst vor der schwersten Steuerbelastung nicht zurückzusehen wird. Beim Proletariat hat sie sich das Eintreiben der Steuern leicht gemacht. Dem Arbeiter werden die Steuerhundert gleich am Schraubstock abgezogen; kein Groschen seines Verdienstes entgeht dem Steuerfiskus. Der Unternehmer ist Ausbeuter und Gerichtsvollzieher zugleich. Dafür hat er auch obendrein noch den Vorzug, daß er alle Methoden der Schieberkunst und Steuerverschleierung gegenüber der Steuerexekutive anwenden kann.

Die herrschende Klasse weiß, daß sie diese neuen ungeheuerlichen Lasten nicht ohne Kampf dem Proletariat aufzwingen kann. Durch die Vertagung des Reichstages hat sich die Reichsregierung eine Galgenfrist gesichert. Im Herbst werden die scharfen Steuerkämpfe einsetzen, bei denen es um die Verteilung der Hauptlasten geht. Die Regierungskoalition, die jetzt schon moribund und brüchig ist, wird der schwersten Belastungsprobe ausgesetzt werden. Kaiserlichsozialdemokraten und Hilferdinge stellen sich parteitaktisch schon jetzt auf einen möglichen Wahlkampf am Ausgang des Jahres ein. Unter dem Deckmantel der Einigkeit des Proletariats erstreben sie einen Wahlblock, dessen politische Basis die Amsterdamer Internationale bildet. Es steht außer jedem Zweifel, daß diese Parteien für die besitzende Klasse an Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems soviel als möglich herauszuwickeln versuchen werden. Die Unabhängigen haben die Ideologie des Leipziger Aktionsprogramms preisgegeben. Sie stehen praktisch auf dem Boden der Demokratie und sind in ihrer Tagespolitik eingeklinkt auf den kapitalistischen Wiederaufbau. Auf dem Gebiete der Steuerreformen bieten sich diesen Parteien eine glänzende Gelegenheit, sich als die Vertreter der Volksinteressen aufzuspielen. In den politisch unzuverlässigen Mittelschichten, im Kleinbürgertum wird ihre Steueropposition ein lautes Echo wecken. Sie werden als die Hüter des Spargroßens der Handwerker und als die Schützer der

## Die Republik der Proletariemörder.

Die entsetzlichen Greuel der Göring-Goldateska bei der „Eroberung“ Mitteldeutschlands sind zum größten Teil unbekannt geblieben. Die Praxen der Ausnahmegerichte hat es verstanden, diese grauenregenden Tatsachen, brutale Gefangenemittelhandlung, Niedermetzelung mehrerer Vermundeter, willkürliche Ermordung auch völlig Unbeteiligter zu verdecken. Nur wenige dieser Verbrechen sind den Massen bekannt geworden, aber sie enthüllen so entsetzliche Bilder, daß jedem eine dumpfe Ahnung über den wahren Charakter der „Selbsttaten“ der Göring-Banden ausdämmern muß.

Unser Genosse Meyer verlas im Landtag folgendes Schreiben eines Gefangenen aus der Strafanstalt Liepenburg, Kreis Torgau:

„Ich war am 3. Osterfesttag als Sanitäter im Leuna-Werk tätig und gehörte der 4. Kompanie an, welche den Auftrag hatte, beim Sturm der Reichswehr und Sipos auf das Leuna-Werk für die Verwundeten zu sorgen. Bei der Suche nach Verwundeten am Leunawerk bekamen wir sehr starkes Feuer. Wir zogen uns in einen Keller zurück, da der Sturmangriff einsetzte. Auch hier erhielten wir von der Sipos sehr starkes Feuer. Erst nach öftmaligem Anruf: „Wir sind Sanitäter!“ und sorgföhltem Winken mit der roten-Kreuz-Fahne wurde das Feuer eingestellt. Mitterhöhenen Säben wurden wir, sechs Sanitäter, aus dem Keller etwa 100 Meter weit an eine Barade geführt. Auf diesem Wege wurden wir

mit schweren Kolbenschlägen und Trittschritten mißhandelt. Waffen hatte keiner von uns. An der Barade erschien ein Siposoffizier und ihm wurde gemeldet: „Diese Sanitäter blieben auf den ersten Anruf „Salt“ nicht stehen“, worauf der Offizier glatt die drei Worte erwiderte:

„An die Wand!“

In demselben Moment erkundigten die Sipos ihre Gewehre und auf das Kommando: „Umbrachen!“ trachtete auch schon die erste Salve. Wir stürzten alle sechs Mann nieder, auch ich, trotzdem ich nur einen Schulterriß hatte. Ich mußte meine ganze Energie zusammenraffen, um nicht zu verrotten, daß ich noch lebte. Einige meiner Kameraden haben noch Lebenszeichen von sich, denn die Sipos sahen:

„Dieses Schwein rührt sich noch! Geh ihm noch eine Kugel in den Kopf!“

Und ich hörte noch vier bis fünf Revolverkugeln. Ich hatte großes Glück, daß ich keinen weiteren Schuß bekam. Nachdem ich eine halbe Stunde gelegen hatte, packte mich ein Sipos an die Schulter mit den Worten: „Steh auf, du Hund, ich will dir helfen, den Toten zu markieren.“ Er rief mir die rote-Kreuz-Fahne vom Arm und entleerte meine Hosentasche. Ich wurde nun zu einem Trupp anderer Gefangenen geführt und wir mußten nun Spießruten laufen. Wir wurden dabei von den Sipos halbtot geschlagen. Ich sagte zu einem, daß ich Sanitäter und verwundet sei. Ich wurde herausgescholt und mußte einen blutenden Arbeiter, welcher drei Kolbenschläge am Kopf hatte, verbinden. Wundereissen waren die anderen Gefangenen abtransportiert und ich blieb mit einem Sipos allein. Auf die Frage, wieviel Geld ich hätte, gab ich ihm meine Brille mit 110 M. Er entnahm derselben das ganze Geld sowie meinen Ausweis als Sanitäter, zog daran seine Pistole und sagte mir der größten Ruhe: „Drehen Sie sich um!“ Ueber die bestialische Wendung erschrocken, erhob ich die Hände, und in demselben Moment trachtete auch schon der Schuß. Derselbe zerföhmetterte mir die Hand, und ich stürzte zu Boden. Er hob mich hoch am linken Arm und sagte:

„Mit diesem Bruchstück kehst du nicht mehr auf. Jetzt hast du hoffentlich genug.“

Nachdem der Sipos sich entfernt hatte, schlüpfte ich in das Büro des Eisenwerkes Kaiserslautern Permu. Ich wollte in der Nacht fliehen, jedoch infolge des großen Sturmes war mir das unmöglich. Mittwoch mittag wurde ich entdeckt und nach Silo gebracht, wo 1600—1800 Gefangene waren. Da ich der einzige Überlebende Jungs dieses grausamen Mordes war, suchten verschiedene Sipos nach mir und fragten mich, ob ich einer von den Sanitätern sei. Ich leugnete jedoch, da ich vermutete, daß man mich nach dem Leben trachtete. Am 1. April wurde ich mit 21 Gefangenen per Postzug nach Mansfeld gebracht und in das dortige Gefängnis eingeliefert. Am

11. April hat man mich dann vor dem Sondergericht Mansfeld zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Bei der Verhandlung verweigerte ich vorstehendes oberschlich.

Ich teile nun diese Grausamkeiten der Öffentlichkeit mit und bin bereit, alles Niedergeschriebene vor Gericht zu bescheiden.“

Bisher ist seitens der Behörde noch nichts unternommen worden, um dieses Verbrechen, das bei der gesamten Arbeiterklasse große Entrüstung hervorrufen wird, zu sühnen! Im Gegenteil, die Sondergerichte in Mitteldeutschland verhängen unablässig langjährige Zuchthausstrafen über zum Teil völlig unbeteiligte Arbeiter, aber keiner der Herren Staatsanwälte denkt daran, einmal die wahren Verbrechen, die sich unter den Schühern der Ordnung befinden, zur Rechenschaft zu ziehen. Diese entsetzliche Mordtat steht nicht vereinzelt da. Von Dutzenden Fällen, die uns bekannt sind, wollen wir nur noch einen hervorheben.

Der Amtsvorsteher in Klostermansfeld, ein Kommunist namens Müller wurde verhaftet, als er zu Verhandlungen mit dem Kommandeur der Schupo nach Mansfeld ging. Zunächst blieb er in Gemeinschaftshaft, dann wurde er eines Abends plötzlich von den übrigen Gefangenen getrennt, um angeblich in Einzelhaft geführt zu werden. Am nächsten Morgen fand man diesen Amtsvorsteher namens Müller

50 Meter von dem Dorfe entfernt tot liegend, und zwar erschossen. Auf wiederholte Beschwerden erklärte der Oberstaatsanwalt: „Nach Aussage des begleitenden Sipobeamten hat Müller einen „Fluchtversuch“ gemacht und in der Dunkelheit konnte er von dem Sipobeamten nicht gefunden werden.“ Diese Aussage bestätigt nur, daß es sich um einen glatten Mord handelt.

Wie in diesen, so hat sich die deutsche Justiz in allen Fällen, wo es sich um reaktionäre Verbrechen an der Arbeiterklasse handelt, stets bemüht, die Schuldigen ihrer Verantwortung zu entziehen. Noch bei der Erörterung des Falles Jagows im Reichstag mußte der Justizminister Schiffer zugeben, daß bisher in den Prozessen gegen die Führer des Kapp-Putsch

nicht einmal eine erfolgreiche Untersuchung durchgeführt worden sei.

Dabei handelt es sich hier um Leute, die neben ihrem Hochverrat noch für eine Reihe von Mordtaten, die im Anschluß an ihren Staatsstreich, teils auf ihre direkte Anordnung hin verübt wurden, verantwortlich sind. Ueber drei Jahrtausende Zuchthaus sind über zum größten Teil völlig unschuldige Arbeiter wegen der lächerlichsten Anklagebelüste verhängt worden, aber noch ist keines der zahllosen Verbrechen von der reaktionären Seite gesühnt worden. Schwerkranke, völlig invalide Arbeiter sperrt man grundlos auf Monate hinaus in strengste Untersuchungshaft, verurteilt sie ohne „ärztliche Gutachten“ zu langjährigen Zuchthausstrafen, die sie um den letzten Rest ihrer Gesundheit bringen, und reaktionäre Verbrechen, die nach eigenem Geständnis völlig gesund sind, erfreuen sich ihrer Freiheit, von Monat zu Monat verschleppt man ihr Verfahren.

Angesichts dieses immer offener, schamloser und brutaler zu Tage tretenden Klassencharakters der deutschen Justiz ringt sich in den Kreisen des Proletariats endlich die Erkenntnis durch, daß es eine kleinstädtische Utopie ist, zu glauben, daß diese Richter, diese „Gerechtigkeit“ sich jemals gegen die Feinde der Arbeiterchaft wenden würde, daß alle Mahnungen an ihre „Unparteilichkeit“ und „Unabhängigkeit“ alle parlamentarischen Anträge und Anklagen niemals die Tatsachen ändern werden, daß die bürgerliche Justiz die Dienerin des bürgerlichen Staates, die Schühlerin seiner kapitalistischen und imperialistischen Verbrechen ist. Erst vor dem Forum der revolutionären proletarischen Gerichtsbarkeit werden die zahllosen und entsetzlichen Schandtaten der kapitalistischen Klasse und ihrer Ordnungshüter gesühnt werden!

Erkennung der Arbeiterelite auftreten. Das Resultat dieser Politik liegt in der Linie der kapitalistischen Restauration. Die sozialdemokratischen Parteien räumen dem kapitalistischen Staat alle Schwierigkeiten, die ihm aus dem Kampfe um seine Existenz erwachsen, aus dem Wege. Sie sind die Garanten für die Zuverlässigkeit und demokratische Treue des Proletariats.

Die Kommunisten unterscheiden sich in diesen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit von den übrigen Parteien nicht nur taktisch, sondern grundsätzlich. Sie müssen die politische Zerföhung des kapitalistischen Staatswesens mit allen Mitteln fördern. In ihren Forderungen dürfen sie sich in den Steuerkämpfen nicht leiten lassen von den realen Erfüllungsmöglichkeiten ihrer Ansprüche innerhalb des kapitalistischen Systems, sie müssen den Nachweis dafür erbringen, daß die Existenzmöglichkeit der arbeitenden Massen innerhalb der Profitwirtschaft nie gesichert ist und daß mehr denn je die bestehende Oberschicht ihr Dasein fristet auf Kosten der breiten gesellschaftlichen Unterschicht. Wir Kommunisten werden den Steuerkampf nicht führen als einen isolier-

ten Kampf um die Verteilung der Wiedergutmachungslasten. Dieser Kampf ist nur ein Teil des Klassenkampfes, den wir gegen die Bourgeoisie führen.

Es wird sich zeigen, ob unsere Partei es versteht, an den unmittelbaren Lebensbedürfnissen des Proletariats und der Mittelschichten anzuknüpfen und den Steuerkampf als revolutionäre Aktion zu führen, die den Ausgangspunkt bildet für einen Gesamtangriff gegen die herrschende Klasse auf der ganzen Linie. Kommen die Steuern dennoch zur Durchführung, so sind neue Lohnkämpfe unausbleiblich. Auch diese müssen die ideologische Krise innerhalb des Proletariats beschleunigen und große Massen der Arbeiter von der Unmöglichkeit überzeugen, den Kapitalismus mit den legalen Mitteln der parlamentarisch-verfassungsmäßigen sozialdemokratischen Parteien zu stützen.

Jede Truppe, die in den Kampf zieht, formiert vorher ihre Bataillone. Der Wille zum Sieg, unererschrockener Angriffsgedanke, Klarheit im Ziel, eiserne Disziplin und gegenseitiges Vertrauen — das sind die Voraussetzungen für den Erfolg. Die KAPD. muß sich von vornherein bewußt



sein, daß sie in den kommenden Kämpfen ganz allein stehen wird. Das Klassenziel der Bourgeoisie und das Parteziel der Sozialdemokraten trifft zusammen im Kampfe gegen die Kommunisten. Die Initiative liegt bei uns. Das Vertrauen der breitesten Arbeitermassen zur KPD muß in dem Maße wachsen, wie die Partei durch ihre Taten beweist, daß sie die Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft ist und daß sie selbst unter den schwierigsten Umständen den Anarcho-Kampf gegen das Kapital vortreibt. Somit werden diese Kämpfe nicht nur zu einer Belastungsprobe für die bürgerliche Staatsregierung, sondern auch für die vereinigten kommunistische Partei.

# Politische Uebersicht.

## Die unergründliche weiße Justizbestie.

Nach unserer letzten Zusammenstellung der Urteile von Sondergerichten sind weit über 8000 Jahre Zuchthaus an Strafen für die Mörder verhängt worden. Unser Parteiblatt in Chemnitz kann jetzt mitteilen, daß in der Zeit von Ende April bis Ende Juni allein vor dem Außerordentlichen Gericht zu Dresden in insgesamt 26 Terminen 165 Beschuldigte zu 58 Jahren Zuchthaus und 90 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Außerdem wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf rd. 240 Jahre erkannt. Diese Urteile in Dresden sind gefällt worden unter der Herrschaft einer rein sozialistischen Regierung. Arbeiter der SPD und USPD, selbst ihrer damit einverstanden, daß die Henkerjustiz an euren Brüdern mäht, während eure Vertrauensmänner in der Regierung unüdig zusehen?

Heraus mit den politischen Gefangenen!  
Weg mit den Ausnahmehandgerichten!

## Eine neue Verhöhnung der Erwerbslosen.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hielt am 5. Juli eine gemeinsame Sitzung mit dem sozialpolitischen Ausschuss ab, um über die Vorschläge des gemeinsamen Unterausschusses zur Erwerbslosenfürsorge zu beraten. Dabei wurden die Vorschläge des Unterausschusses, wie den „PPA“ mitgeteilt wird, einstimmig genehmigt und eine allgemeine Begründung mit Mehrheit angenommen.

Zu dem Kapitel „Anmerkung zur Erwerbslosenfürsorge“ schlägt der Reichswirtschaftsrat folgende Forderungen vor:

1. Der beschleunigte Erlass der Gesetze über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenfürsorge.
2. Bis dahin hat in Fällen dringenden Bedürfnisses eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge nach folgenden Richtungen hin zu erfolgen:
  - a) bei andauernder Erwerbslosigkeit über 4 Wochen durch Erhöhung der Unterhaltungsätze;
  - b) bei einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit über 3 Monate außerdem durch Naturalleistungen;
  - c) im Rahmen der bestehenden Erwerbslosenunterstützung durch eine Erhöhung der Unterhaltungsätze für weibliche und jugendliche.

Durch diese Erhöhungen der allerdings die notwendige Spannung zwischen den Unterhaltungsätzen und den normalen Arbeitslöhnen der einzelnen Personengruppen nicht geschädigt werden.

3. In Gemeinden mit großer Erwerbslosigkeit hat eine entsprechende Verteilung der Erwerbslosenfürsorge zugunsten der Gemeindefürsorge zu erfolgen.

Unter „Fortschrittliche Erwerbslosenfürsorge“ wird gefordert:

- a) mögliche Vorbereitung der Basis der Auftragsvergebung und mögliche Berücksichtigung aller Betriebe mit hinreichender Leistungsfähigkeit;
- b) konsequente Befriedigung der Gebiete mit übermäßig hoher und langandauernder Erwerbslosigkeit unter Umstellung auf andere Erzeugnisse;
- c) Bereinigung der Arbeitslosigkeit innerhalb der einzelnen Betriebe, so durch Kurzarbeit, jedoch ohne daß dadurch eine Verschlechterung der Produktion eintritt.

Dieses zusammenfassende Resultat der parlamentarischen Aktion des DDB zeigt der Arbeiterschaft, daß sie auf diesem Wege nichts zu erwarten hat als neue Opfer.

Die Erwerbslosen wollen Arbeitsbeschaffung, sie wollen einsteigen in den Produktionsprozess. Die Verantwortlichen, die unter „Fortschrittliche Erwerbslosenfürsorge“ gemacht werden können, aber das Unternehmertum nicht zu verzweifeln hindern, werden viele Tausende von Arbeitern ans Ruder zu werfen, wenn es seinem Profitinteresse entspricht. Der historische Erfolg der KPD ist, daß sie sich gegen dieses Kommissariat zeigt wie ein Berg. Wie das Beispiel des Reichswirtschaftsrats zeigt, werden die Verantwortlichen die vom Reich bewilligten Zuschüsse ein und gehen sich in Maßnahmen im größten Maßstab über.

Der die Hauptverantwortung der Arbeiterlosigkeit muß davon getragen werden, daß nach dem Vorschlag die Arbeiter nicht die Kosten für die Unterhaltung der Erwerbslosen aufzubringen haben. Die geplante Arbeitslosenversicherung ist eine weitere unentgeltliche Beherrschung der Arbeiter. Die Verantwortlichen sind dadurch nicht zu schrecken. Wenn die Arbeiter alle Kosten zu tragen haben, wird für die Unterhaltung der Erwerbslosen kein Grund mehr bestehen, das große Kommissariat zu rechtfertigen. Der Kampf der Arbeiter ist nicht aufzuheben, da noch dem sozialen Grundgesetz ist der Forderung die „notwendige Spannung“ zwischen Unterhaltungsätzen und Arbeitslöhnen bestehen bleiben soll.

Bei allen Entscheidungen muß die Arbeiterschaft diese Vorzüge von sich weisen und die Entlassung der Arbeiterlosen in den Produktionsprozess fordern. Vor allem gilt es jetzt, da die parlamentarischen Aktionen vollständig versagen, die Erfüllung der 10 Forderungen des DDB auf dem Wege des Kampfes zu erzwingen.

## Die Liquidation des oberirdischen Abenteuerers.

Der Reichsrat aus Oberbayern aufgelegt haben sowohl die sozialen konterrevolutionären Kreise als auch die politischen die letzte Seite nicht als einen vorübergehenden Waffengang an. Sie haben nicht auf die Kriegserklärung hin, die ihnen vom General droht, um so den Versuch zu behalten, in Bayern zu bleiben und so die nötige Stimmung zu schaffen, wenn sie selbst wieder beschlagen werden. Der Reichsrat hat die „Dona“ berichtigt von einem Bericht mit General Hofer, im Verlaufe dessen er mit ihm über die reaktionären Tendenzen im oberirdischen Kampfe und die Gefahr, die durch Selbstschußorganisationen für die deutsche Reichswehr besteht, sprach. General Hofer mußte zugucken, daß

die reaktionären Tendenzen in den Selbstschußorganisationen bestehen. Die Selbstschußorganisation ist ein „Wolfsaufgebot“ und in einem solchen Sinne natürlich alles Mögliche zusammen. „Jedem welche Bestürzungen brauche man im Reich beizubringen, das Selbstschußorganisation aber natürlich nicht zu hegen“. Eine Garantie übernimmt der General nicht; er versichert nur, daß „von seinen der Führung alles getan werde“, um die nach einem neuen Kappstich dringenden Truppenteile im Auge zu halten.

Das Verprechen des General Hofer ist fabelhaft, wie das Elberichs, der sich ja bekanntlich ebenfalls als einen Schlichter der deutschen Republik aus gibt. Und daß diese Herren nicht wirklich sind, wenn sie einen neuen konterrevolutionären Putsch versuchen, sehen sie ja aus dem Schicksal Kapps, Langens, der Hochverräter und des andern konterrevolutionären Gefindels.

## Orgesch in Baden.

Die zahlreichen Waffensünde in Baden haben selbst die Regierung unruhig gemacht. Man ist ja gewiß tolerant gegen die Bestrebungen von rechts, umso mehr wenn die ganzen Geheimdienste und die sonstigen höheren Beamten deutschnational sind. Aber letzten Endes wollen die jetzigen Inhaber doch ihre Ministerstühle auch behalten. Darum hat die Regierung sich zu einer Aktion entschlossen und hat einlaß besonders kompromittierte Orgesch-offiziere verhaftet. Aber die ganze Angelegenheit wird da ja keine Kommunisten in Betracht kommen, sehr geheimnisvoll behandelt. Die Anzahl und die Namen der verhafteten Personen sind nicht bekannt gegeben worden. Hier ist nun die Sozialdemokratie als Retter der Demokratie auf den Plan getreten. Ihre Fraktion hat eine förmliche Anfrage im Landtag eingebracht, worin sie Auskunft verlangt über die Waffensünde selbst, über die beteiligten Personen und Organisationen und über die in Baden aufgedeckten geheimen Organisationen militärischer Art. Es hat reichlich lange gedauert, bis die Sozialdemokratie in Bewegung gekommen ist. Ihr sind die Vorgänge seit langem bekannt. Aber die Ursache dieser plötzlichen Energie liegt in den in wenigen Monaten kommenden Landtagswahlen. Bei den Reichstagswahlen hat die Sozialdemokratie einen riesigen Stimmenverlust erlitten. Es wird in ihrer Landtagsfraktion ein großes Sterben eintreten, weil die jetzige Stimmenzahl nur noch für die Hälfte der Mandate reicht. Da ist es notwendig, rechtzeitig Vorbehalte zu treffen und dem Wähler zu beweisen, daß es nur die Sozialdemokratie war, die ihn davor bewahrt hat, ein Opfer der Reaktion zu werden.

Aber die Sache hat die dumme Seite, daß schließlich auch der Minister Adam Kemmele zur Sozialdemokratie gehört. Sein Standpunkt ist aber ein ganz anderer. Er hat sich mit einem hörbaren Knack aus der Seite von Orgeschbayer gestellt. Anlässlich der Ermordung von Gareis hatte die „Karlsruher Zeitung“ sehr kräftige Worte gegen Bayern gefunden und festgestellt, daß die Kultur bei den Bayern auf höherer Stufe steht, als in Württemberg. Darob war Kahr sehr empört und hat in Karlsruhe offizielle Schritte unternommen. Kemmele ist dann müllig zurückgewichen. Auf eine deutschnationalen Anfrage, ob Vorkehrungen gegen die „Karlsruher Zeitung“ getroffen werden, erklärte Kemmele, daß die Redaktion bei wichtigen Vorgängen inskünftig die Regierung zu befragen hat und von jetzt ab nur im Benehmen mit dem Ministerium des Innern zu Tagesfragen Stellung nehmen darf. Mit diesem Erlaß wird Kahr sicher zufrieden sein, aber die sozialdemokratische Presse ist über die Antwort sehr betreten. Die Antwort ist auch ein böses Omen und zeigt den Geist der Orgeschbekämpfung. Wer die bayerische Reaktion deckt, wird auch der bairischen nicht zu Leibe gehen. Daraus ergibt sich, daß die Orgeschleute auch in Baden trotz der förmlichen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion gütliche Lage haben werden, sofern sie nur Kemmeles Sessel nicht antasteten. Und bei genauer Betrachtung von Kemmeles bisherigen Taten liegt auch wirklich kein Grund vor, an Kemmeles Stelle einen anderen zu setzen. Er hat sich für Kahr erklärt, läßt den Kapitalisten immer seinen Schutz angeheihen und acht den Kommunisten sehr energig zu Leibe. Mehr können die Orgeschleute doch nicht gut verlangen.

## Keine Verordnung Hörsings gegen die Schutzpolizei!

Einige Blätter berichteten, Oberpräsident Hörsing habe eine Verordnung erlassen, wonach gegen alle Schutzbeamte, die sich während der Märzunruhen in Mitteldeutschland Mißhandlungen von Gefangenen und andere Ausschreitungen haben zuschulden kommen lassen, „in schärfer Weise“ vorgegangen werden sollte. Strenge Bestrafung und Entlassungen seien in Aussicht gestellt. Diese Meldung ist, wie eine „zuständige“ Stelle mitteilt, unzutreffend. Oberpräsident Hörsing habe eine derartige oder ähnliche Verordnung nicht erlassen, er habe überhaupt keinen Einfluß auf Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und wolle sie auch nicht ansüßen.

Worum sollte der Sozialdemokrat Hörsing auch gegen seine eigenen Norddeutschen vorgehen? Freie Bahn reaktionären Vorkrätern! Das ist die Lösung der Ober- und Hörsing-Republik.

## Engrosaburteilung von Arbeitern.

### Sondergericht Raumburg.

Gegen 10 Angeklagte aus Rebra und Großwangen wurden wegen „Vandalen“, „räuberischer Erpressung“ sowie unbestimmter Deliktarten folgende Strafbemessungen gefällt:

Schreiber 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust,	Grämer 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust,
Klauerer 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust,	Singe 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust,
Suz, Gemeindevorsteher, 9 Monate Gefängnis,	Hermann, Gemeindevorsteher, 9 Monate Gefängnis,
Reichsgericht wurde Otto Gode, Koch und Otto Oberlein, die 5 Angeklagten sechs Wochen zuchthaus in Ost. Pöngel, reaktionär, Anschlag auf bewachte Häuser sowie Gefangenhandlungen eigenmächtig beantragt zu haben, wird der Angeklagte Albert Grotzhaus, Emil Gode, Karl Gode, Bernhard Klauerer sowie Hermann aus Rebra und Umgebung verurteilt, verurteilt. Die Angeklagten sitzen seit dem 3. und 2. April in Ost. Herr Grotzhaus beantragt Albert Grotzhaus zu 12 Jahren Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, Godeholt 9 Monate Gefängnis, Gode 9 Monate Gefängnis, Klauerer 9 Monate Gefängnis. Die Sache gegen Hermann wurde verurteilt. Der Gemeindevorsteher Grotzhaus, Gemeindevorsteher aus Weichenfeld, wird wegen einer nicht gemachten Körperung zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Die reaktionäre Justiz hat wieder an einem unzulässigen Rekursverfahren, der die Appellationsinstanz zu Berlin geschlossen, ihr Wünsche gefügt.	

## Kriegsverbrecher werden freigesprochen.

Leipzig, 7. Juli.  
Der von der französischen Regierung des Nordens an einem französischen Kapitan angeklagte Oberleutnant Paris wurde heute vom zweiten Strafgericht des Reichsgerichts auf Antrag des Oberstaatsanwalts freigesprochen.  
Der Oberleutnant wird zur Zeit gefangen im August 1914 in dem Dorf Hagen bei Gumburg dem französischen Kapitan Migat verhaftet und mit Überlegung gefügt zu haben. Erhalten sind 9 Briefe und 4 ausländische Zeugen.  
Nach der Darstellung des Angeklagten soll er am Morgen nach der Schlacht bei Gumburg in dem Dorf Hagen einem französischen Kapitan zu sein, er sei kein Soldat und solle die Waffen abgeben. Der Kapitan lächelte dies an. Der Angeklagte wollte dem Franzosen aus dem Koppel mit Gewehr absetzen, der

Kapitan Migat ihn aber mit der Faust derart, daß er zur Seite taumelte. Laute Beifall wurden den Offizieren entgegenzunehmen und ihm die Waffen abzunehmen. Der Kapitan schlug darauf einem Soldaten den Kopf, darauf dieser den Franzosen niederschloß. Einen Befehl hierzu gegeben zu haben, bestritt der Angeklagte auf des Bestimmteste.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Daß der Angeklagte persönlich durch von ihm abgegebene Schüsse den Kapitan Migat getötet hat, ist durch die Vernehmungsmittel widerlegt und bestimmt ausgeschlossen. Es ist auch festzustellen, daß der Angeklagte nie einen Befehl zum Erschießen gegeben hat. Es besteht also nach keiner Seite irgendein Rechtsgrund, an der Anklage wegen Erschießung des Kapitäns festzuhalten.  
Daß die Erschießung nach den Verhältnissen an Ort und Stelle und nach dem Völkergewissen gerechtfertigt sein oder nicht, das kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls besteht eine Verantwortung für den Angeklagten nicht. Im Übrigen ist alles, was in der französischen Auslieferungsurkunde steht, völlig widerlegt. Daher war der Angeklagte in vollem Umfang freizusprechen.  
Jeder neue Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig erweitert das Bild von dem Völkergewissen, in den der menschenverachtende Militarismus das gesamte Deutschland im August 1914 erfüllt hatte. Fette Epochen lassen auf den Verbrühten und erzählen begeistert Geschichten von den tapferen Bayernkämpfern, die „prinzipiell keine Gefangenen“ machten. Wie ein Sturmwind waren sie durch das Elend gejagt. Mancher Proletarier war in den Bann der Verbrühten geraten und hatte auf wehrlose Gefangene oder Frauen und Kinder geschossen.

Doch heute, wo die Unflüter all dieser Mordtaten, die blutigeren Offizierskriegen Rede und Antwort liegen soll, weicht sie seige zurück und stellt die Worte als Uebergreifung erregter Soldaten hin oder sie häuft alle Schuld auf die Ermordeten. Hand in Hand mit den Militaristen arbeiten die Klassenrichter der Bourgeoisie, die den kaiserlichen Mordbuben Antworten in den Mund legen, die mit zwingender Notwendigkeit die absolute Unschuld und Reinheit der Angeklagten ergeben.  
Proletarier, die ihr noch täglich die Sturmwelle der bürgerlichen Ausnahmegerichte auf euch niederhagen fühlt, hört zu wie ein bürgerlicher Gerichtspräsident verfährt, wenn es gilt die Schandtat der einen Klasse zu tilgen:

Die Mißhandlung und Erschießung des französischen Hauptmanns wird motiviert: Präsident: War er vielleicht betrunken? Zeuge: Aber feste, in der Schenke lagen viele leere Weinflaschen. Oder es wird die völlige Unbestimmtheit des deutschen Offiziers „erwiesen“. Präsident: Eine Pistole hatten Sie wohl überhaupt nicht bei sich? Angeklagter: Nein. Präsident: Damit ist es also ausgeschlossen, daß Sie selbst den Hauptmann erschossen haben. Ein Arzt hat ausgesagt, daß auf den Hauptmann eine Salbe angewendet sei. Angeklagter: Ich kann die beiden Urteile nicht als einwandfreie Zeugen ansehen. Der Präsident schließt sich sofort der Meinung des Angeklagten an. Das Resultat ist Freisprechung „in vollem Umfange“.

Wie anders ist die Behandlung der Proletarier, die für ihre Klasseninteressen kämpfen. Nichts von vagen Behauptungen, es ist klar erwiesen, daß mehrere der Verurteilten nur Samariterdienste geleistet haben oder sich zur Regelung von Lohnzahlungen im Lennauerker aufhielten. Die Bourgeoisie hat sich nicht um Beweise gekümmert, sie warf diese Arbeiter auf Jahre ins Zuchthaus. Proletarier, Klassenoffenen, merkt euch das! Eint euch zum Kampfe, um das Gefindel der Bourgeoisie und ihre Mittlinge, die Klassenrichter zum Teufel zu jagen!

## Stegerwalds Programm.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 7. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 1. Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921.

Finanzsekretär Dr. Südekum: Die Staatsregierung bittet um schnelle Verabschiedung des Notetats.

Hg. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Die bloße Durchsicht des Notetats genügt, um festzustellen, daß bei seiner Aufstellung die Interessen der bedürftigen, besitzenden oder sonst privilegierter Bevölkerungsgeschichten bevorzugt worden sind. Als besonders dringlich sind die Ausgaben für die höheren Beamten aufgenommen. In viel geringerem Maße die Ausgaben für mittlere und untere Beamte, nichts dagegen für die wichtigsten und dringlichen sozialen Zwecke. Die Einstellung von hohen Gehältern nebst Dienstentgelt und Ortszulagen, das sind nach Auffassung des Ministeriums Steuerschlösser, aber die Einstellung von Positionen für die Arbeitlosen, für die Kriegsbeschädigten, überhaupt für Arbeiter und Angestellte, gilt als nebensächlich. Eingestellt sind Posten für die Säuglinge, die Polizeiverwaltung, dagegen fehlen wichtige dringliche Bauten an Schulen und überhaupt wichtige Ausgaben für soziale Zwecke. Durch den Befragungszustand, durch das Verbot kommunikativer Versammlungen, durch monatliche Unterdrückung unserer Zeitungen versucht man die Arbeiterkraft niederzuhalten und jede Kritik an dem Ministerium Stegerwald unmöglich zu machen.

Herr von Lassel, der kommandierende General in Ostpreußen, hält dort noch immer den Befragungszustand aufrecht, weil im Dunkel des Ausnahmezustandes die Orgesch weiter bestehen kann, die man dort in Turnvereine, Schützengarde und ähnliche scheinbar harmlose Organisationen umgewandelt hat. Auch die Waffen sind nicht abgeliefert worden, im Gegenteil, ganze Batterien werden geschaffen.

Die preussischen Behörden unterstützen auch die Orgesch in Oberschlesien dort hat sich unter dem Kommando des Generals Höfer eine ganze Selbstschußarmee gebildet, die mit dem Gedankenspielt, nach Berlin zu ziehen, um die „Judenregierung“ zu beseitigen und die „Ordnung“ des weißen Ungarn hier einzuführen.

Der Kurs Stegerwald zeigt sich deutlich in dem Erlaß des Ministers des Innern, Domitzsch, der sich gegen die Einstellung von Kommunisten in leitenden städtischen und kommunalen Ämtern, gegen Zulassung von Kommunisten zu Stellungen von Amtsvorstehern, Bürgermeister, Polizeibezirksrenten, wendet. 600 Millionen werden gefordert für Schutzpolizeidets u. dgl. Das sind Ausgaben für die Fortsetzung des Spießkittens, das erst prässbare Handlungen schaffen soll, um die Arbeiter hinzuzulernen. Das Aufstellen der Polizei und der Gerichte gegen die rote Hilfe beweist nur: Nicht Behn dem Tüchtigen, sondern freie Bahn dem Mörder!

Deshalb verweigern wir diesem Ministerium sämtliche Stots, auch den Notetat, ihn besonders, weil er in einseitiger Weise Ausgaben für die begüterten Kreise enthielt, dagegen keinen Fleiß für die minderbemittelte Bevölkerung (Bravo! bei den Komm.)

Nach Erledigung einiger Geschentwürfe folgt die Beratung des Entwurfs über den Pfälzer Hofbau und des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Hg. König-Weichenfeld (Komm.): Es war zwei Jahre Zeit, um ein herabgesetztes Verwaltungsgesetz einzubringen, aber nichts ist geschick. Der Verwaltungsschatz, der durch die Steuern der Einwohnererschaft erhalten wird, muß ihr unentgeltlich zur Verfügung stehen. Wir lehnen derartige Gebühren schon aus dem Grunde ab, weil durch sie die besitzenden Klassen bevorzugt werden, während der Unbemittelte darunter leidet.  
Nach sind die Gelder nicht ersicht, weiter sieht § 54 vor, daß ein Zuschlag zu den Realsteuern über 500 Prozent der Bevölkerung unterliegt.

Wir erklären, daß wir diesem Stückwerk unsere Zustimmung nicht geben.  
In dem Antrag sprechen noch Redner sämtlicher Parteien. Es folgt die Beratung der großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Abänderung des General-Kriegsverbrechertrages, in der die Redner der bürgerlichen Parteien besonders gegen den Antrag der Sozialdemokraten zu Felde ziehen.  
Hauptantrag: Weiterberatung Reichsgesetz.



# Vom Bürgerkrieg.

In den Thesen der russischen und deutschen Delegation zum Moskauer Kongress heißt es unter Kapitel 7

## Formen und Mittel des direkten Kampfes:

Die Formen und die Mittel des Kampfes, fern Umfang, sind ebenso wie die Frage der Offensive oder Defensive an bestimmte Bedingungen, die nicht willkürlich zu schaffen sind, gebunden. Die bisherigen Erfahrungen der Revolution zeigen verschiedene Formen der Teilkaktionen.

1. Teilkaktionen einzelner Schichten der Arbeiterschaft (die Aktion der Bergarbeiter, der Eisenbahner usw. in Deutschland, England, der Landarbeiter usw.).
2. Teilkaktionen der gesamten Arbeiterschaft für begrenzte Ziele (die Aktion in den Kapp-Lagen, die Aktion der englischen Bergarbeiter gegen das militärische Eingreifen der englischen Regierung in den russisch-polnischen Krieg).

Die örtliche Ausbreitung dieser Teilkämpfe umfasst einzelne Bezirke, ganze Länder oder mehrere Länder zugleich. Alle diese Formen des Kampfes werden im Verlauf der Revolution in jedem Lande mehrmals sich gegenseitig Platz machen. Die kommunistische Partei kann natürlich auch auf territorial begrenzte Teilkaktionen nicht verzichten, ihr Bestreben aber muß darauf gerichtet sein, jeden größeren lokalen Kampf des Proletariats in einen allgemeinen Kampf zu verwandeln. So wie sie verpflichtet ist, zur Verteidigung der kämpfenden Arbeiter eines Industriezweiges womöglich die gesamte Arbeiterklasse aufzubieten, so ist sie verpflichtet, zur Verteidigung der lokal kämpfenden Arbeiter womöglich die Arbeiter der anderen Industriezweige auf die Beine zu bringen. Die Erfahrung der Revolution zeigt, daß, je größer das Kampfgebiet ist, desto größer die Aussichten auf den Sieg. Die Bourgeoisie fühlt sich in ihrem Kampfe gegen die sich entwickelnde Weltrevolution einerseits auf die wehrhaften Organisationen, andererseits auf die Taktiken der Atomisierung der Arbeiterklasse, auf die Taktik der sich sehr langsam bildenden proletarischen Front. Je größer die Massen des Proletariats sind, die in den Kampf treten, je größer das Kampfgebiet, desto mehr muß der Feind seine Kräfte verteilen und zerstückeln. Selbst wenn die zur Hilfe einem bedrängten Teil des Proletariats eilenden anderen Teile der Arbeiterklasse momentan nicht fähig sind, ihn mit Einsetzung ihrer gesamten Kraft zu unterstützen, nötigt ihr bloßer Aufmarsch die Kapitalisten, ihre militärischen Kräfte zu teilen, denn sie können nicht wissen, wie weit sich die Teilnahme des anderen Teils des Proletariats am Kampfe ausbreiten und verschärfen wird.

Die proletarische Revolution ist der Bürgerkrieg des sich erst bewaffnenden, um Waffen ringenden Proletariats gegen die bewaffnete Bourgeoisie und ihre Hilfskräfte. Bei der Schärfe der sozialen Gegensätze, die jetzt überall erreicht sind, ist der Kapitalismus in jedem Augenblick bereit, gegen die Arbeiterklasse mit der ganzen Wucht seiner Waffen aufzutreten. Ebenso kann das Proletariat gezwungen sein, bei jedem friedlichen Streit, bei jedem Abwehrkampf zu den Waffen zu greifen, um der Gewalt der Kapitalisten die proletarische Gewalt entgegenzustellen. Es ist die Pflicht der kommunistischen Partei, nicht nur bauernd in den Massen das Bewußtsein zu stärken, daß sie die Gewalttaten der Bourgeoisie über sich nicht ergehen lassen dürfen, sondern es ist auch die Pflicht der kommunistischen Parteien, im Proletariat den Willen zum Waffenbesitz zu stärken und Maßregeln zu treffen, um die Vorbedingungen zu schaffen für die Eroberung der Waffen in Momenten des direkten Kampfes. Die kommunistischen Parteien müssen Vorkehrungen treffen, um die Waffenlager des Gegners zu kennen, sie müssen genügend Waffen besitzen, um die Vorarbeiten des Proletariats in die Lage zu setzen, beim Beginn des Kampfes sich Waffen holen zu können. Sie müssen bemüht sein, Organisationen zu besitzen, die fähig sind, den bewaffneten Kampf des Proletariats zu leiten.

Die kommunistische Partei hat gegenüber den Massen des weißen Terror und dem Willen der weißen Schandjustiz in dem Proletariat den Gedanken wachzuhalten, daß es sich in der Zeit der Erhebung von den Massen des Gegners an seine Milde nicht betreten lassen soll, sondern durch alle organisierten Volksteile der proletarischen Vorkämpfer Ausdruck gewähren und mit den Feindern des Proletariats abrechnen. Aber in Momenten, wo das Proletariat sich erst im Aufmarsch befindet, wo es sich erst heraus handelt, es durch Aktion, durch politische Kampagnen, durch Streiks zu mobilisieren, hat der Waffengebrauch zum Zweck nur die Verteidigung der Masse vor den Angriffen der bürokratischen Gewaltanwendung, vorläufig terroristische Akte, wie sehr sie als Beweis der revolutionären Haltung anzusehen sind, die sehr sie zu verteidigen sind gegen die Provokation der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Helfen. Sind keinesfalls geeignet, die proletarische Organisationskraft und Kampfbereitschaft zu erhöhen. Akte der Sabotage haben nur dann Zweck, wenn sie zur Verhinderung der Transporte des Gegners gegen kämpfende Proletariatsmassen vollbracht werden oder um dem Gegner im direkten Kampfe wichtige Positionen zu entreißen.

## Das Verhältnis zu den proletarischen Mittelklassen.

Das Kapitel 8 der Thesen, die von der russischen und deutschen Delegation in Moskau vorgelegt worden sind, enthält folgende Ausführungen:

In Westeuropa gibt es keine andere große Klasse, die neben dem Proletariat zum ausschlaggebenden Faktor der Weltrevolution werden könnte, wie es der Fall war in Rußland, wo das Bauerntum durch den Krieg und Landhungers von vornherein zum ausschlaggebenden revolutionären Kampffaktor neben der Arbeiterklasse wurde. Aber auch in Westeuropa werden Teile des Bauerntums, große Teile des städtischen Kleinbürgertums, und die breite Schicht des sogenannten neuen Mittelstandes, die Angestellten usw. in mehr und mehr unerträgliche Lebensbedingungen gestellt. Unter dem Druck der Teuerung, der Wohnungsnot, der Unsicherheit ihrer Lage werden diese Massen von einer Gärung ergriffen, die sie aus ihrer politischen Inaktivität aufweckt und in den Kampf der Revolution und Konturrevolution hineinzieht. Der Bankrott des Imperialismus in den besiegten Ländern, der Bankrott des Bazillismus und der sozialreformistischen Reformen in den feindlichen Ländern treibt einen Teil dieser Mittelklassen teils ins Lager der offenen Konturrevolution, teils in das Lager der Revolution. Die kommunistische Partei ist verpflichtet, diesen Schichten ihre ununterbrochene Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Gewinnung des Kleinbauernums für die Ideen der Kommunismus ist zusammen mit der Gewinnung und Organisation der Landarbeiter eine der wichtigsten Vorbedingungen des Sieges der proletarischen Diktatur, denn sie erlaubt, die Revolution von den industriellen Zentren ins ländliche Land zu tragen und schafft für sie die wichtigsten Stützpunkte zur Lösung der Lebensmittelfrage, die die Lebensfrage der Revolution ist. Die Eroberung irgendwelcher umfangreicher Kreise der technischen Angehörigen und der Intellektuellen würde es der proletarischen Diktatur erleichtern, in der Zeit des Überganges vom Kapitalismus zum Kommunismus der technischen und organisatorischen Fragen der Industrie Herr zu werden. Sie würde Beteiligung in die Reihen des Feindes hineinbringen und die Isolierung des Proletariats in der öffentlichen Meinung durchbrechen. Die kommunistischen Parteien haben die Pflicht, unter den kleinbürgerlichen Schichten aufzufächeln zu beachten, sie in geeigneter Weise auszunutzen, selbst wenn diese von kleinbürgerlichen Massen nicht frei sind. Sie haben die von diesen Massen bedeckten Teile der Intellektuellen und Angehörigen in die proletarische Front einzureihen und sie anzuschließen zur Organisation der gährenden kleinbürgerlichen Massen.

Der wirtschaftliche Zerfall und die damit verbundene Zerrüttung der Staatsfinanzen zwischen die Bourgeoisie selbst, die Grundidee ihres eigenen Staatsapparates, die untere und mittlere Beamtenklasse wachsender Veränderung zu überantworten. Die wirtschaftlichen Bewegungen dieser Schichten berühren unmittelbar das Gelingen des bürgerlichen Staates, und wenn auch immer wieder zeitweilig beschwichtigt, wird es dem bürgerlichen Staat auf die

# Die Gesetzesmaschine arbeitet für die soziale Revolution.

Der Reichstag hielt heute seine letzte Sitzung vor den Ferien. Auf der Tagesordnung standen 28 Punkte, darunter Gesetze, durch die dem Reich Milliarden gegeben werden, aber auch die wichtige Frage der Erwerbslosenfürsorge, der Wochenhilfe und der Erhöhung der Invalidenversicherung. Die Tagesordnung zeigte sich heute deutlich denn je — lang- und langlos alles zu bewilligen für die deutschen Kapitalisten, um danach Mittel für soziale Zwecke zu verweigern mit der Begründung: es ist kein Geld da.

In diesem lieblichen Spiel beteiligten sich auf der Seite der bürgerlichen Parteien die Rechtssozialisten. Ausbau der Invalidenversicherung und der Wochenfürsorge — das sind Dinge, für die sie sich vor nicht allzu langer Zeit als Selbstverständlichkeiten eingetretten sind, gegen die sie sich aber heute mit allerlei taktischen Ausflüchten wenden. Alle Anträge, die auf diesem Gebiete zur Verbesserung der Vorlagen eingebracht waren, wurden von den Rechtssozialisten im Bund mit den Bürgerlichen niedergestimmt.

Bei der Beratung über die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge aber gellten sich zu den Rechtssozialisten noch die Unabhängigen. Es ist eine schon wiederholt geübte Taktik, alle Erwerbslosenfragen im Parlament hinauszuzögern bis zu den letzten Sitzungen vor den Ferien. Der Zweck der Übung ist, die Interesslosigkeit bei solchen Sitzungen auszunutzen, um ohne Aufsehen windige und klägliche Kompromisse beschließen zu lassen, die den berechtigten Forderungen der Arbeitslosen nicht entfernt gerecht werden. Im Dunkel sollen die Erwerbslosenfragen erledigt werden, damit die Erwerbslosen ja nicht aufmerksamer werden. Diese parlamentarische Taktik der SPD und USPD, unterstützt vollständig der außerparlamentarischen Taktik dieser Parteien in der Erwerbslosenfrage. Im Parlament wie außerhalb des Parlaments treiben sie Erwerbslosenpolitik nach dem Stichwort: Nur Hilfe, kein Gehalt!

Unser Genosse Weitzner aber durchkreuzte diesen Plan. In prägnanter Rede schilderte er die Wirkungen und die Größe der Arbeitslosigkeit. Er entwarf die Unzulänglichkeiten der Anträge und geißelte zugleich die Stellung der Gewerkschaftsbürokratie, der Rechtssozialisten und der Unabhängigen. Seine Rede bewirkte, daß Dillmann den Mund aufstieß, um eine seiner hinlänglich bekannten demagogischen Reden zu halten, die er mit einem Scheinangriff gegen die Kapitalisten begann, um dann eine wüste Philippika gegen unseren Redner vom Stabell zu lassen, hinter der er den Mangel an Tatkraft der Unabhängigen und Gewerkschaftsführer für die Erwerbslosen zu verbergen suchte. Hinter Verleumdungen und Beschimpfungen verbarg er das Eingeständnis: Es ist in so kurzer Stunde unmöglich, mehr durchzusetzen. Der Beifall der Rechten zu seinen Worten kennzeichnet ihn hinlänglich. Unser Genosse Weitzner diente ihm gehörig unter dem Untertitel der Rechtssozialisten und Unabhängigen und rief ihm die Waage vom Gesicht.

Der Reichstag hat seine Sommereröffnung beendet. Das Ergebnis für die Arbeiter: Keine Amnestie für die Opfer der weißen Kluft, aber Schuß den Kappisten, keine Verechtigung des Verlangenszustandes, des Ausnahmestandes gegen revolutionäre Arbeiter, aber Tölpelung des Kahr-Wöhlerischen Reiches, Milliarden Reichesgaben für Mariner, aber Milliardensteuerlasten für Arbeiter und keine durchgreifende Hilfe für Erwerbslose. Zu allem aber auch noch erzwungene Proletarisierung. Das Klassenparlament hat gute Arbeit geleistet für die deutschen Kapitalisten. Aber je toller die Klassenpolitik wird, um so sicherer schafft sie die Voraussetzungen der sozialen Revolution.

## Reichstagsitzung vom 7. Juli.

Bei der dritten Beratung des Erwerbsloswesens über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung übt der Sozialdemokrat Hoch noch schnell die Zeit, um einen mitleidigen Angriff gegen die SPD und USPD wegen ihrer weiterreichenden Forderungen zu führen.

Abg. Vark (Komm.): Wenn es um die Forderungen der Bürgerlichen geht, da finden die Sozialdemokraten immer, daß genügend Geld da ist und es sofort aufgebracht werden kann. Hier aber, da es um die Interessen der Invaliden, um die Interessen der arbeitenden Klasse geht, da treten die Sozialdemokraten gegen eine Erhöhung der Leistungen auf, weil zu wenig Geld da ist.

Abg. Karlsen (USPD) an den Sozialdemokraten: Es ist eine Schande, daß Sie den Namen Sozialdemokraten tragen und Anspruchsloserehöhungen ablehnen, während Sie Geldmittel für alle möglichen Zwecke im Interesse der Bürgerlichen bewilligen. Die Redner des Zentrums und der Deutschen Nationalen legen den Angriff der SPD gegen Kapp und USPD fort.

Abg. Fries (Komm.): Immer, wenn es um die Armen geht, wird die Frage aufgeworfen: Wo sind die Gelder? Die Rechtssozialisten sollten sich an der Einigkeit der bürgerlichen Parteien, die mit Zähnen und Klauen den Besitz ihrer Klasse verteidigen, ein Beispiel nehmen und nicht den anderen Arbeiterparteien in den Rücken fallen.

Dauer ebenso unmöglich, diese keine organisatorische Grundlage zu erhalten, wie es dem Kapital unmöglich wird, sich die physische Existenz der Lohnarbeit gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung seines Ausbeutungssystems zu sichern. Indem die kommunistischen Parteien sich der wirtschaftlichen Not der unteren und mittleren Beamtenschaft mit aller Tatkraft und ohne Rücksicht auf den Stand der öffentlichen Finanzen annehmen, leisten sie wirksame Vorarbeit für die Zerstörung der bürgerlichen Staatsverrichtungen und bereiten sie Elemente des proletarischen Staatsaufbaus vor.

## Der Dritte Kongress der kommunistischen Internationale.

Moskau, 3. Juli. In der Abendsitzung vom 2. Juli fanden Diskussionen statt über den Bericht Radeks. An den Diskussionen nahmen Sinowjew und Trocki teil.

In der Morgensitzung vom 3. Juli erstattete Sinowjew Bericht über den Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der Gewerkschaftsverbände.

Er sagte, daß die Amsterdamer Internationale die letzte Waffe in den Händen der Bourgeoisie ist. Die Bourgeoisie hält sich nicht nur mit Hilfe der Gewehre, sondern auch dadurch aufrecht, daß sie die Volksmassen hetzt. Wenn die Politik der Sozialdemokraten der Bourgeoisie nicht immer zu Hilfe käme, so hätte das Proletariat schon längst den Sieg errungen. Aus diesem Grunde ist der Kampf mit der Amsterdamer Internationale eine der wichtigsten Aufgaben des Tages. Die Führer der Zweiten Internationale, die zugleich auch Führer der Gelben Internationale der Gewerkschaftsverbände sind, verlangen, daß die Gewerkschaftsverbände sich jeder Teilnahme am aktiven politischen Kampfe enthalten und kommen dadurch der Bourgeoisie zu Hilfe. Die Rote Internationale der Gewerkschaftsverbände beginnt den Kampf, um die großen Massen der Arbeitenden auf ihre Seite zu ziehen. Die zwei Kongresse, die jetzt gleichzeitig stattfinden, der Kongress der kommunistischen Internationale und der Kongress der Roten Gewerkschaftsverbände sind zwei sehr wichtige geschichtliche Ereignisse. Die gemeinsame Arbeit dieser beiden Kongresse ist ein Pfad für die Entwicklung der Weltrevolution. Unter der

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung der kommunistischen und unabhängigen Anträge gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen — die Sozialdemokraten stimmen gegen die Erhöhung der Invalidenrenten.

Daselbe Schauspiel wiederholt sich bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Diesmal treten die Sozialdemokraten als Gegner der Arbeiterfrauen auf.

Frau Abg. Agnes (USPD) bedauert dieses Verhalten der SPD, auf und zeigt an, daß sie auch draußen überall dieses Vorgehen der SPD brandmarken werde.

Frau Abg. Schröder (SPD) antwortet mit einem mitleidigen Anruf gegen die USPD, und beantragt die Ablehnung der Verbesserung. Die Rednerin des Zentrums schließt sich voll und ganz der Sozialdemokratie an. Die Anträge der USPD werden gegen die Stimmen der USPD und KPD abgelehnt.

Ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Hille (Komm.) wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Ertrag der durch die Vertretung deutscher Reichsarbeitern entstandenen Schäden. Verbunden damit wird das Kolonialschadengesetz, das Auslandsschadengesetz und die Entschädigungsordnung. Die Sozialdemokraten, die loeben dürftige Unterstellungen für Invaliden und für Wöchnerinnen abweist, bewilligen jetzt zusammen mit den Bürgerlichen Milliardenbeschlüsse für die Großindustrie. Der sozialdemokratische Redner, der auch im Namen aller bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Deutschen Nationalen spricht, beschwört eine schnelle Annahme des Gesetzes, da eine gründliche Beratung jetzt vor den Ferien nicht mehr möglich sei. Da die Mehrheit des Hauses einig für die Annahme der Gesetze ist, nützt es nichts, daß der Abg. Schwarz (USPD) und der Abg. Fries (USPD) aufdrücken, daß damit nur der Schwerindustrie wieder viele Milliarden Mark, die den deutschen Steuerzahlern abgepreßt worden sind, zugeführt werden sollen.

Firmen, die während des Krieges über 100% Dividende verteilt haben, erhalten jetzt in einzelnen Fällen über 100 Millionen Mark Entschädigung.

Die Verteilung der Entschädigung an die Auslandsdeutschen erfolgt so, daß bis jetzt an die in Rußland geschädigten deutschen Staatsbürger 180 Millionen Mark als Vorzahlung verteilt wurden. Neun Zehntel der Geschädigten, die Werkstätten, erhielten zusammen 25 Millionen Mark, ein Zehntel von ihnen, die Reichsdeutschen, erhielten 165 Millionen Mark.

Man versucht auch, die Kapitalisten zu entschädigen, die durch die Nationalisierung in Rußland betroffen worden sind. (1)

Das Verdrängungsschadengesetz wird einstimmig, die anderen Gesetze werden gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen. Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Erwerbsloswesensfrage.

Abg. Weitzner (Komm.): Die heutige Wirtschaftskrise, die die Arbeitslosigkeit zur Folge hat, wird nur durch die Änderung des Wirtschaftssystems in seinen Grundfragen überwunden werden. Man kann durch allerhand Notstandsarbeiten die Krise etwas abschwächen, aber die Arbeitslosigkeit als eine typische Erscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems will die Regierung und dieser Reichstag als Vertreter der kapitalistischen Interessen garnicht abschaffen, da die Kapitalisten eine Reservearmee brauchen, die ständig einen Druck auf die Arbeitenden ausübt und die Löhne niedriger hält. Der Reichstag, der für Mariner und für die Werkstätten, wie überhaupt für die industriellen Milliarden zu verschanden hat, hat selbstverständlich kein Geld für die Erwerbslosen. Die Unabhängigen und Sozialdemokraten erörtern vor dem Reichstag, wenn nur eine geringe Erhöhung der Erwerbsloswesensunterstützung bewährt wird; sie geben aber den Kampf um die von den Gewerkschaften selbst aufgestellten 10 Forderungen auf, da ja ein kleines Teilchen von ihnen in den letzten Vorarbeiten aufgenommen ist. Anstatt die Arbeiter zum Kampf um die völlige Durchlegung dieser minimalen Forderungen aufzurufen, haben sie nur die eine Sorge, Ruhe und Ordnung bei den Arbeitern zu erhalten. Die Werkstätten, die vor kurzem erst von der Regierung 12 Milliarden Mark erhalten haben, gehen jetzt daran, Zehntausende von Arbeitern zu entlassen.

Die Vorlage enthält einige nützliche Versprechungen, aber absolut nichts Positives für die Arbeitslosen und das werden Arbeiter und Arbeitende erkennen und in voller Solidarität, über die Köpfe der Gewerkschaftsführer und Parteiführer hinweg, den Kampf um die Erfüllung der 10 Forderungen der Gewerkschaften aufnehmen. Trotz der Mügel wird unsere Fraktion den Vorschlägen zustimmen.

Dillmann (USPD), der berühmte Antilohschweifenkämpfer, übte auch heute unter dem Beifall der gesamten Rechten kein sauberes Handwerk und führte einen wütenden Angriff gegen die Kommunisten. Von den 10 Forderungen sei ein Teil angenommen worden.

Die Vorschläge des Ausschusses werden einstimmig angenommen. Schluss der Sitzung. Nächste Sitzung Dienstag, den 6. September 1921. Das Präsidium erhält aber das Recht, den Reichstag, wenn es nötig sein sollte, auch früher einzuberufen.

Roten Gewerkschaftsinternationale stehen jetzt mehr als 17 Millionen organisierte Arbeiter. Die Arbeiten des Kongresses werden zu einer Festigung und Kräftigung der organisierten Arbeiter führen und die großen Massen des Proletariats aller Länder eine einheitliche stampfironi einnehmen lassen.

Moskau, 5. Juli.

In der Morgensitzung vom 4. Juli hielt der Vertreter der amerikanischen Delegation eine Rede, in der er sich mit den Ausführungen Radeks vollkommen einverstanden erklärte. In Amerika, wo die Herrschaft des Kapitals viel leichter am allerbrutalsten ist, heißt die Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsverbände eine ungeheure Bedeutung für die amerikanische Bewegung. Die amerikanischen Kommunisten haben in dieser Beziehung dieses Gefühl. Die amerikanischen Kommunisten erkennen die Existenz einer realen und idealen kommunistischen Organisation als notwendig an. Die Vereinigung der beiden kommunistischen Parteien in den Vereinigten Staaten ist jetzt eine völkische Aufgabe. Der Vertreter der SPD, Friesland, begrüßt die Ausführungen Radeks über die Notwendigkeit für die kommunistische Partei, die Mehrheit der Arbeiterklasse in ihre Reihen zu ziehen. Der Vertreter der polnischen Delegation findet, daß Radek sich nicht klar genug ausgedrückt hat und in den Opportunisten die Möglichkeit gibt, zu behaupten, daß wir noch nicht kampfbereit sind. Die Furcht vor dem Ausschluß ist unbegründet. In Polen haben die bolschewistischen Kommunisten die Arbeiter zum Aufstande und zur Unterstützung der Roten Armee aufgerufen, als die Streitkräfte von Warschau standen. Der Vertreter des Internationalen kommunistischen Jugendverbandes, Münznerberg, erklärt sich im allgemeinen mit den Ausführungen Radeks einverstanden, weist aber darauf hin, daß die rechten Elemente viel gefährlicher sind, als die linken. Die kommunistische Partei muß nicht nur eine Massenpartei sein, sondern eine durch und durch revolutionäre Partei, die die Massen in den Kampf führt. Im Namen der ungarischen kommunistischen Partei sprach Lukacs.

## Die Eröffnung des 2. Kongresses der kommunistischen Jugendinternationale.

Moskau, 4. Juli.

Der 2. Kongress der kommunistischen Jugendinternationale ist heute eröffnet worden.



# Arbeiter Schlesiens! Reißt Euch den Schlaf aus den Augen! Orgeßch ist da!

## Breslauer Nachrichten

### Die „Volkswacht“ merkt, daß es brennt

Es hat lange gedauert, ehe die gute, alte Tante vom Ring jahrelang gekommen ist, daß die Orgeßch in Schlesiens spult. Wir haben ihr ein paar mal gehörig in die Weichen treten müssen, ehe sie dahinter gekommen ist. Seit einigen Tagen tut sie ganz aufgeregt. Sie kann die Schlagzeilen gar nicht seit genug bekommen. Am Mittwoch stellte der gute Onkel — in jeder fünf Anfragen, und zwar nach Berlin und nach Breslau. Es ist lamarchin während, wie sich der Gute jetzt Mühe gibt, den angestrichelten Schaden wieder gut zu machen. Denn wenn jetzt das Orgeßch auf dem Breslauer Hauptbahnhof hoch auf den Kaiser ausbringt und vielleicht morgen schon die schlesischen Arbeiter in Klumpen geschlagen werden, so ist der gute Onkel — in diesen Klumpen. Der hat doch feinerzeit in der „Volkswacht“ den Selbstschutz um Hilfe gerufen. Und alle, alle kamen. Jetzt werden wir sie nicht mehr los. Onkel — in treudeutsch, hebt beschwörend die Hände und bildet sich ein, eine Anfrage nach Berlin sei Inzestenspulver gegen das Orgeßchgesetz.

Er fragt (wen eigentlich? Wirtz vielleicht? Ach, der hat selbst die Nase voll), wie es mit der Rechtslage für die Orgeßch in Schlesiens steht. Als wenn die kapitalistischen Oberschleier nach einer Rechtslage fragten. Sie werden sich mit den gemauerten Kanonen schon nach eine Rechtslage schaffen.

Und was gehen den Selbstschützern die wahren Gründe ihres Klumpens aus Oberschleien an? Onkel — in verblüht sich das Köpfchen. Die Orgeßchschreiber wissen schon, wie man nach Berlin kommt. Alles andere ist ihnen schnuppe.

Ah und nun will der gute Onkel gar noch die Schupo verwickeln haben. Er will auch, daß gegen die Hurrafreier vorgegangen wird.

O, du gläubiger Onkel Samuel. Es geht nichts über eine Portion Rajdhit.

Man könnte sich über die Führer der SPD. lustig machen, die in ihrer politischen Ignoranz glauben mit papierernen Protesten die Orgeßchschreiber fesseln zu können. Aber die Sache ist zu ernst! Es geht um das Leben, um das Wohl und Wehe des Proletariats. Und es wird Zeit, daß die SPD. Arbeiter dieser feigen und gemeingefährlichen Politik ihrer Führer endlich ein Ende machen.

Es ist im höchsten Grade unerantwortlich, wie ein Arbeiterblatt, was die „Volkswacht“ doch noch immer sein will, eine so brennende Gefahr, wie sie der Arbeiterklasse von Seiten der Orgeßch droht, behandelt. Nicht genug, daß die SPD. mit ihrem verdamnten Gesindel von der nationalen Einheit überhaupt daran schuld ist, daß sich der ober-schlesische Kummel zu einer Gefahr auswachsen konnte, stehen die Führer dieser Partei auch heute noch unklug beiseite und tun nichts. Mit papierernen Anfragen wollen sie gegen Maschinengewehre kämpfen! Der Selbstschutz, den die Arbeiter gefordert haben, steht noch immer bloß auf dem Papier. Wehrlos sind die Arbeiter mit ihren Familien blutigen Scharen preisgegeben. Keine Vorbereitungen sind getroffen worden, um dem Angriff der Reaktion gerüstet gegenüberzutreten zu können. Die SPD. Jungen fürchten den Kampf. Aufsicht zu handeln, verlegen sie sich aufs Parlamentieren.

SPD. Arbeiter Schlesiens, wann werdet ihr dieser feigen Partei endlich den Rücken kehren. Das Proletariat darf sich die feigen Resolutionen der Orgeßchschreiber nicht länger gefallen lassen.

Nieder mit Orgeßch!  
Nieder mit der Reaktion!

### Neue Verhaftung

Alle Arbeiter, die sich bei der „Popo“ unbeliebt machen, oder sich der „Erziehungszentrale“ des Herrn Liebermann entziehen, holt man noch und nach über die Schuhbrücke in die „Gruppe“. Am Dienstag wurde Genosse Gierth von der R.A.P.D. verhaftet, weil er bei einer Demonstration gegen die hohen Milchpreise auf der Ringbude gesprochen hat.

Genosse Gierth verweigert jede Nahrung, weil die Verhaftung jeder Gerechtigkeit Hohn spricht. Wir verlangen seine Freilassung.

### Nationalisten unter sich

Herr Wirtz spricht am Freitag in der Jahrhunderthalle, an die Gemüter, die sich an dem ober-schlesischen Feuer erhitzen haben, zu beruhigen.

An alle Parteien werden, im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl bei der letzten Wahl, Karten ausgeteilt. Auf unsere Anfrage wurde uns vom Magistrat mitgeteilt, daß auf Grund einer Besprechung im Oberpräsidium die Kommunisten von dieser Veranstaltung ausgeschlossen seien. Wir werden in uns gehen, und versuchen unsere schwarzen Seelen zu reinigen. Vielleicht ist aus dem das Glück bei einer anderen Veranstaltung.

Inzwischen wünschen wir dem honesten Klub von Freitag u. Vorigen bei Raufe geistliches Zusammenleben. Vielleicht lassen sich die Nationalisten überzeugen von der Notwendigkeit, daß alle konservativen Republikaner von rechts bis links zusammenstehen müssen. Vielleicht gehen sie von ihrem Vorjahrs diesmal auch Sozialdemokraten tschuldigen, ab. Die lauesten Töne der Orgeßch, vermählt mit dem Verhängnisgerade des Herrn Wirtz können oft Wunder tun.

### Die Baubeamten vor dem Streik

Die Ortsleitung Breslau des deutschen Baubeamtenvereins hält am Dienstag abend alle Bauingenieure nach dem Schießwettbewerb ab, um zu dem am 24. Juni gestellten Schiedsspruch für das Baugewerbe Stellung zu nehmen.

Nach dem Bericht des Geschäftsführers Zimmermann nahm die gut besuchte Versammlung gegen 6 Stunden eine Entscheidung an, in der gefast wird, daß die im Schiedsspruch enthaltenen Erhöhungen der Gehälter in keinem Verhältnis zu den gesteigerten Lebenshaltungskosten stehen und auch den Neuzugewinnern der Baubau nicht entsprechen.

Die Bauingenieure sehen sich nur dann in der Lage, den Schiedsspruch anzunehmen, wenn die Gehaltserhöhung schon im ersten und nicht im zweiten Veranschlagung beginnt, die Lebenshaltungskosten endlich eine Steigerung von mindestens 50 Prozent erfahren, und die in anderen Berufen veranschlagten Jahre bei der Gehaltserhöhung in Anrechnung gebracht werden. Die Ver-

sammelten erwarten von den Bauleitungen, daß sie auch ihrerseits ihr so oft in den Vordergrund gestelltes Interesse an der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens dadurch dokumentieren, daß sie die, die Existenz der Institute sicher nicht gefährdenden Forderungen bewilligen. Sollten die Bauleitungen trotz der so oft betonten nationalen Interessen zu einer Ablehnung der Forderungen kommen, so wird die Bauangelegenheitskommission die zur Erreichung des Zieles notwendigen Schritte unternehmen.

Mit Recht hatten die Bauingenieure den Baukapitalisten vor, daß sie die „nationalen Interessen“ dauernd im Munde führen, aber niemals etwas tun, um diese Vaterlandsliebe in die Tat umzusetzen. Sie halten an ihrem Profit fest, unbedürftlich um wachsendes Angebotsverweigerung und schwer bedrohte deutsche Wirtschaft.

Die Baukapitalisten werden auch diesmal bei dem Tausch um die traurige Lage der Angehörigen klammern. Die Angehörigen werden schweres Geschick aufpassen müssen. Und dann aber durchhalten!

### An den Untersuchungsrichter Herrn Klagesell

Zur weiteren Kennzeichnung Ihrer von mir bereits des Öfteren gebrauchten Methoden sei festgesetzt, daß Sie die Verurteilung des preussischen Justizministers betreffs der Behandlung politischer Gefangener in allen Städten sabotieren. Oder behaupten Sie von dem Erfolg nichts zu wissen, der den politischen Gefangenen weitgehende Haftentlastungen zugesagt? — Das wäre allerdings für Sie um so charakteristischer, als Sie jene andere, lediglich auf die Sondergerichte bezügliche ministerielle Verfügung, die eine Haftverschärfung darstellt, mit so viel Eifer und Schnelligkeit auch auf mich anzuwenden müßten. — (Zur genaueren Feststellung dieses Sachverhalts wollen Sie die Güte befehlen mit dem Wortlaut jener Verfügung mitzuteilen, deren Existenz Sie mir am 15. 5. zu „eröffnen“ gerufen). Es wird Ihnen also hiermit eröffnet, daß der Justizminister in dem erwähnten Erlaß den politischen Gefangenen folgende Rechte zugesprochen hat: 1. Freie Lektüre, mit Ausnahme der kommunistischen Presse; 2. Häufigeren Besuch, insbesondere häufigeren Briefverkehr; 3. Können Liebesgaben und sonstige Pakete in größerer Menge ausgestellt werden. — Sie haben es trotz dieses Erlasses (der die Berechtigung all meiner Beschwerden anerkennt!) für notwendig befunden noch vor wenigen Tagen mit besonderer Brutalität für mich „freie Lektüre“ und „häufigeren Besuch“ zu unterbinden. Sie haben (wie mir gestern offiziell mitgeteilt wurde) in Gemeinschaft mit anderen die Aus-

## Haut den Hurrafreiern die Jacke voll! Entwaffnet die Orgeßch! Waffen werden nicht transportiert!

Abänderung von Liebesgaben und Paketen an Untersuchungsgefangenen von einmal wöchentlich auf einmal monatlich (Höchstgewicht 5 Kilogramm) beschränkt.

Diese Handlungen stellen in meinem Falle eine Auflehnung gegen Ihre vorgesetzte Behörde, das Justizministerium, dar! Die Unkenntnis der Gesetze kann natürlich am wenigsten die Hüter des Gesetzes vor Strafe schützen. Ferner begehren Sie seit 16 Wochen in Gemeinschaft mit Gefängnisdirektor Langer an mir vorfällige Körperverletzung, indem Sie mich von der Bewegung im Freien ausgeschlossen haben; die Ausrede, daß Sie hieron keine Kenntnis hätten, verjüngt nicht, da Ihr böser Wille aus der Nichtbeantwortung meiner diesbezüglichen Beschwerden klar ersichtlich ist. Ebenso merkwürdig ist es, daß ich bis heute nicht erfahren habe, was Sie mit meiner Beschwerde vom 23. 4. gemacht haben, in der ich die Begünstigung der Verbundleitung der von den Zehnbanditen an der Arbeiterschaft begangenen Verbrechen durch Untersuchungsrichter und Gerichtsleiter sowie die Bevorgung jener Verbreiter vor den politischen Gefangenen unter Beweis stellte. — Dieses Verhalten befindet sich völlig im Einklang mit den Beweisen Ihrer Bejahung, die Sie bei der standstilligen Handhabung der Untersuchung gegen mich gegeben haben und die die Dezentralität noch bekräftigen werden! Da mir der Inhalt Ihrer Antwort keineswegs zweifelhaft ist — wenn das Schicksal nicht das merkwürdige Schicksal anderer Beschwerden „verloren“ zu gehen, teilen sollte —, so kann ich Ihnen mitteilen, daß ich die Widerlegung Ihrer „Argumente“ bereits fertiggestellt habe.

Sie haben die Fortsetzung meiner Klage auf Ihre Freigabe gemacht, daher ist jeder Antrag und jede Beschwerde zwecklos. — Nieder mit der Klassenjustiz!

Breslau, den 25. 6. 21.

Joseph Klein,  
Parteileiter der R. A. P. D. in Schlesiens.

## Aus der Provinz

### Revisionsverfahren in Soltau.

Am Sonntag fand die Revisionsverfahren Rat, die sich mit der Lage des Verbandes nach dem Streik beschäftigte. Die Revisionsleitung hatte extra den Vorsitzenden Hagemann herbeigeholt, der dann auch die Leitung der Konferenz und des einleitenden Referats übernahm. In dem Referat Hagemanns befragte die Konferenz ein Korreferat des Kam. Schäfer entgegenzunehmen.

Hagemann betonte in seinem Referat die Notwendigkeit des Streikabbruchs zur damaligen Zeit. Er polemisierte mit dem demagogischen Mittel gegen die Kommunisten und gegen die „schlesische Arbeiterzeitung“. Er stellte natürlich in Rede, daß die Verbundleitung direkt oder indirekt an dem Herbeiholen der Sips Schuldig sei. Er erklärte, daß die versprochenen 5 Mark ab 1. Juli ganz sicher seien. Er selbst hätte sich überzeugt, daß zwei Minister sich mit dieser Geschichte beschäftigten. Die gewöhnlichen Arbeiter lassen sich eben verheeren, ohne den geringsten Einfluß in das komplizierte Getriebe der deutschen Volkswirtschaft zu haben. (1.)

Kamerad Schäfer ging in seinen Ausführungen auf das „komplizierte Getriebe der deutschen Volkswirtschaft“ ein, und bewies Hagemann, daß auch ein einfacher Arbeiter in der Lage ist, sich ein Bild zu machen. Er betonte, daß die Kameraden auf die 5 Mark Schichtzulage sehr lange warten könnten. Die Kameraden hätten weiter kämpfen müssen. Die angebotene Entziehung der Deputatskölle, die Ferienfrage und vor allem die Tatsache, daß eine große Anzahl gerade der besten Kameraden noch auf der Straße liegen, hätte auch die Bezirksleitung veranlassen sollen, mit allen Mitteln den Kampf weiter zu führen. Der Vorwurf, daß die Kommunisten die nochmalige Urabstimmung verhindert hätten, trifft nicht zu. Gerade in den kommunistischen Hochburgen sei vollständig abgestimmt; allerdings im Sinne der Weiterführung des Kampfes.

In der Diskussion wandten sich viele Redner gegen die Bezirksleitung. Aber die Hagemann und Watzmüller, die durch ihre Tätigkeit auf dem letzten Verbandstag bewiesen haben, wie man Kommunisten bekämpft, konnten auch hier die Wagen glätten.

Ein Vertrauensvotum für die Bezirksleitung wurde gegen 17 Stimmen angenommen.

Die Funktionäre haben sich noch einmal von den gewissenlosen Führern, von den Schülern ihres Einfanges lassen. Die Niederfaltung ihrer Forderungen, die steigende Verelendung wird aber auch hier das Proletariat von der Nichtigkeit der kommunistischen Ideen und Taktik überzeugen.

## Bücherchau

Bolschewi: Moskau gegen Amsterdam. Protokoll des 1. Kongresses der kommunistischen Internationale. Manifeste, Richtlinien usw. des Exekutiv-Komitees bis zum 2. Kongreß. Herausg.: Wirtschaftspolitische Probleme.

Habel: Soll die R.A.P.D. — Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands. — Theorie und Praxis der 2. Internationale. Trotski: Terrorismus und Kommunismus. Newski: Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjet-Rußland.

Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale. Alle hier angezeigte und sonstige kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei, Breslau V, Größchenstr. 45.

## Veranstaltungskalender

Bekleidungsarbeiter, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, Montag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, findet im „Blauen Schiff“ eine Versammlung statt. Alle Genossen müssen am 12. Juli an der Generalversammlung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes teilnehmen.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soz.-Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, G.m.b.H., Berlin S 14.

## Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. Ring 2545  
Sonabend 7 Uhr:  
Zum ersten Male  
Die Scheidungsreise.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Ein Walzertraum.  
Sonntag u. täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Scheidungsreise.

## Lieblich - Theater

7 1/2  
„Der verjüngte Adolar“  
Musik von Kollo  
mit  
Henry Bender

## Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Einziges Sommerpartee  
in Breslau.

## Wiederverkäufer

Strümpfe, Wolle, Kleidung aus Reichbeständen, Kurzwaren, Seife 200 Mark usw., bei  
L. Lehmann, Poststraße 7  
P. e. Liste gratis.

**M. K. Matthias-Kino**  
Matthiasstr. 38  
u. Moltkestr. 9.

Niemand weiß es  
6 fesselnde Akte  
Die Keuschheitskommission  
2 drollige Akte  
Bühnenschau  
Humorist Förster

Preiswerte  
Schuhwaren  
**Herz-Stiefel**  
mit dem Herz auf der Sohle  
Ludwig Herz  
Blücherplatz Nr. 4

## Achtung!

Genosse Gierth ist auf Grund der Demonstration gegen den Milchvucher, infolge falscher Beschuldigung am 5. Juli d. J. verhaftet worden. Wir fordern sämtliche Teilnehmer auf, die Gen. Gierth von der Ringbude aus haben sprechen hören, sich sofort

**Arbeiterheim Allenstraße 38**  
zu melden.